

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Verhältnisse
Derzeit ist für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Zustellung bis 1,50 Mk. (einmalige Zustellung durch die Post 2 Mk. ohne Postgebühr). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher geschickten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezahler mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit druckbarer Genehmigung (Zuschlag 10%) zu erlangen. — Unrechtmäßige Reproduktionen werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Anzeigen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Vormittags bis 11 Uhr. Die einfache Grundzeile (ca. 8 Zeilen) 20 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden 25 Pf.; die zweifache Grundzeile 40 Pf., die dreifache Grundzeile 60 Pf., die vierfache Grundzeile 80 Pf., die fünffache Grundzeile 1,00 Mk. — Bei Abonnenten nach Sonn- und Feiertagen die einfache Grundzeile 25 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Zusätzliche Zeilen nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Für Feinschmecker

Lobeck's. *per Tafel 50 Pf.*

Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Gegen Husten u. Heiserkeit

Menthol-Katarrh-Pastillen

Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Galerie E. Arnold

Schloss-Strasse 34.

Bechler - Nolde.

Dr. Ziegelroths Sanatorium

Krummhübel im Riesengebirge.

Physikalisch-dietetische Behandlung.

Speziell für Winterkuren eingerichtet.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft, 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwind, mild, trocken.

Die Stadtverordneten wählten in ihrer getrigen Sitzung im zweiten Wahlgang den Stadtverordneten Fabrikdirektor Harnisch an Stelle des verstorbenen Stadtrats Bühlberg zum unbesoldeten Stadtrat.

Die Stadtverordneten setzten den Gaseinheitspreis auf 13 1/2 Pfg., ab 1. Oktober 1912 auf 13 Pfg. fest.

Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichstagspräsidiums hatten bis gestern Abend noch kein greifbares Ergebnis.

Generalfeldmarschall Wilhelm v. Hahnke, Generaladjutant des Kaisers, ist in Berlin gestorben.

Staatssekretär Solf hat sich nach Antwerpen begeben, um dort die Verhältnisse des Diamantenshandels zu studieren.

Im Plenarsitzungslokal des Provinzial-Landeshauses in Berlin begannen die Verhandlungen der 13. Hauptversammlung des preussischen Landesökonomikollegiums.

Auf sämtliche Minister des norwegischen Ministeriums haben ihre Demission eingereicht.

In Sebastopol sind die Mitglieder der Russisch-Deutschen Janisch und Leon auf einem Darmann-Zweibeder tödlich abgestürzt.

Der Gesetzentwurf über die deutsche Staatsangehörigkeit.

Der in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages angekündigt wird, stellt einen bemerkenswerten Fortschritt in den Bestrebungen dar, die auf die Erhaltung unserer nationalen Volkstracht gerichtet sind, und deren Erfolge nicht ausbleiben darf, wenn wir nicht mehr und mehr im Vergleich mit den in der Weltpolitik mit uns konkurrierenden Staaten ins Hintertreffen geraten wollen. Namentlich die angelsächsischen Nationen, gegen die wir den Hauptkampf um unsere Existenz zu bestehen haben, huldigen im Punkte der völkischen Energie einer überaus strengen Auffassung, die an allen Ecken und Enden der Welt ihre Bürger unanfechtbar reklamiert und sie gegen jede Unbill mit dem größten Nachdruck schützt, wobei der leitende Grundsatz gilt: semel civis, semper civis, d. h. wer einmal angelsächsischer Staatsbürger geworden ist, der bleibt es auch ohne zeitliche Beschränkung. Bei uns dagegen herrschte bisher eine andere unbegreiflich laze Praxis, die ihren gesetzgeberischen Ausdruck in der Bestimmung fand, daß ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit ohne weiteres durch bloßen Zeitablauf verliert, wenn er sich zehn Jahre lang im Auslande aufgehalten hat, ohne sich in ein deutsches Konsulatsregister eintragen zu lassen. Eine derartige Eintragung unterbricht den Lauf der Verjährung, muß aber allemal vor dem Ablaufe der nächsten zehn Jahre wiederholt werden. Da dieses Verfahren den Deutschen im Auslande vielfach überhaupt nicht bekannt ist, und da es zudem an erheblichen Umständlichkeiten für diejenigen Deutschen leidet, die sich im Auslande an einem Plage aufhalten, wo sich keine deutsche Konsulatsvertretung befindet, so ist die Folge eine beharrliche Nichtbeachtung der betreffenden Vorschrift geworden, und daraus hat sich dann jahraus jahrein ein gewaltiger Verlust an nationaler Volkskraft für uns ergeben.

Das Verdienst, auf diese schwache Seite in unserer völkischen Entwicklung zuerst die nationale Öffentlichkeit hingewiesen und den verantwortlichen Stellen zur Abstellung der herrschenden Uebelstände das Gewissen geschärft zu haben, gebührt uneingeschränkt der alldeutschen Richtung. Von dieser Seite wurde erst recht eigentlich allen deutschen Patrioten klar gemacht, in wie gefährlicher Weise die Unzulänglichkeit unseres geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes die bekannte deutsche Nationalitätswache begünstigt, die in einer allzu leichten Anpassung an das ausländische Weien auf Kosten des eigenen Nationalcharakters in die Erscheinung tritt und uns so wie so schon bei der Befolgung unserer Bestimmung unliebsame Schwierigkeiten in den Weg legt. Auf der anderen Seite wird es auch der deutschen Reichsregierung außerordentlich erschwert, für die Rechte und Interessen der deutschen Staatsbürger im Auslande energisch einzutreten und die Ehre und das Ansehen des deutschen Namens in aller Welt gebührend zu wahren, wenn die Gleichgültigkeit unserer Landsleute im Auslande gegen ihre Zugehörigkeit zum

alten Stammlande noch künstlich durch die Weichgabung gefördert wird. Daß eine gesunde vaterländische Heimatspolitik einer so verhängnisvollen Entwicklung unmöglich auf die Dauer fähig bis aus Herz hinaus gegenüberstehen kann, darüber hat die auf diesem Gebiete betriebene alldeutsche Aktion der nationalen öffentlichen Meinung Deutschlands in dankenswerter Weise die Augen geöffnet und das Verständnis für die unbedingte Notwendigkeit einer Abhilfe in die weitesten Kreise getragen.

Inzwischen hat es noch manches Jahr gedauert, bis die von der öffentlichen Meinung erhobene Forderung nach einer angemessenen Abänderung der Bestimmungen über den Erwerb und Verlust des deutschen Staatsbürgerrechts durch die Einbringung eines Gesetzesentwurfes verwirklicht wurde. Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung einer solchen Vorlage verursachten namentlich die von militärischer Seite vorgebrachten wohlbegründeten Bedenken, die darin gipfelten, daß auf die Beibehaltung einer Vorschrift, die den Verlust der Staatsangehörigkeit für alle, die sich böswillig ihrer Militärpflicht entziehen, ausspricht, nicht verzichtet werden könne, weil sonst in einer Erleichterung der den Erwerb und die Beibehaltung des deutschen Staatsbürgerrechts regelnden Bestimmungen geradezu ein Anreiz für die Entziehung von Heeresdienst geschaffen werden würde. Dieser militärische Standpunkt ist denn auch in der jetzigen Vorlage seiner vollen Bedeutung nach zur Geltung gekommen. Der Entwurf will eine Aenderung des geltenden Rechtszustandes namentlich nach zwei Richtungen hin herbeiführen: einmal soll der Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit erschwert, und zum anderen ihr Wiederverwerb erleichtert werden. Zu dem Zwecke wird von der Eintragung in die Konsulatsmatrikel gänzlich Abstand genommen und so mit dem völlig unhaltbaren Grundsatze, daß das deutsche Reichs- und Staatsbürgerrecht verjähren könne, endgültig gebrochen; andererseits wird zur Erleichterung des Wiederverwerbes der verlorenen Staatsangehörigkeit bestimmt, daß bei der Wiederaufnahme aller ehemaligen Deutschen und ihrer Nachkommen in den deutschen Staatsverband von dem Erfordernis der Niederlassung im Inlande abgesehen werden soll. Der militärische Gesichtspunkt kommt darin zum Ausdruck, daß von jedem Deutschen, der auch im Auslande Deutscher bleiben will, die Beibehaltung des ernstlichen Willens dazu in Gestalt der Ableistung der Militärpflicht gefordert wird. Andernfalls geht er des deutschen Staatsbürgerrechtes verlustig, und das mit vollem Rechte; denn das Deutsche Reich kann nicht seine Wehrmittel für solche Vandalen in Bewegung setzen, die lediglich eigennützige Interessen verfolgen und so sehr des vaterländischen Gemeinwunsches ermangeln, daß sie ihrem Staate die Militärsteuer zu zahlen sich weigern. Nach der neuen Vorlage muß jeder Deutsche im Auslande, wenn er Deutscher bleiben will, seine Militärverhältnisse bis zum Ablaufe des 31. Lebensjahres geregelt haben, sei es, daß er bis dahin seiner Dienstpflicht genügt, oder daß er auf Grund besonderer Gesetzesvorschriften von ihr befreit wird.

Daß der im Laufe der früheren Erörterungen aufgegangene Gedanke, ein deutsches Reichsbürgerrecht als solches unter Lösung von dem Einzelstaatsbürgerrecht zu schaffen, von der Vorlage nicht aufgenommen worden ist, muß im Interesse des bundesstaatlichen Prinzips mit Genugtuung begrüßt werden. Es wird also nach wie vor sein Bewenden dabei haben, daß zuerst des Staatsbürgerrecht eines deutschen Einzelstaates und in Verbindung damit das Reichsbürgerrecht erworben wird, ein organischer Zusammenhang, der sich aus dem verfassungsmäßigen föderativen Grundcharakter des Reiches mit Notwendigkeit ergibt.

Alles in allem bietet die neue Vorlage den Deutschen im Auslande einen großen Vorteil insofern, als sie ihnen noch Erledigung der Militärfrage die Zugehörigkeit zum Mutterlande auf Lebenszeit unanfechtbar sichert und ebenso ihren Nachkommen dieselbe Möglichkeit gewährt. Die deutsche Volkstracht wird auf solchem Wege durch die Erhaltung ihrer besten, weil opferwilligen Elemente wesentlich gehärtet werden, und das wir die geistlichen Voraussetzungen zu einer solchen günstigen Wendung für unsere weltpolitische Betätigung gerade im gegenwärtigen Augenblicke schaffen, ist auch eine nicht mißzuversehende Antwort auf die in jüngster Zeit wieder so rege Betrieblichkeit, womit unsere Gegner uns unseren Platz an der Sonne streitig zu machen suchen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 8. Februar.

Die Präsidentenfrage im Reichstage.

Keine Einigung. — Ein Viermännerpräsidium?

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichstagspräsidiums hatten bis heute noch kein greifbares Ergebnis. Der Plan eines Vierzemnerpräsidiums scheint aufgegeben zu sein, da sich die Sozialdemokraten weigerten, die mit den Präsidentenstellen verbundenen verfassungsmäßigen und politischen Verpflichtungen zu übernehmen. Ein Präsidium aus Nationalliberalen, Zentrum und Sozialdemokraten scheiterte gleichfalls an der Nichterfüllung jener Verpflichtungen durch die Sozialdemokraten, die von beiden Parteien als Vorbedingung gestellt wurde. Von anderer Seite wird ein Viermännerpräsidium mit der bisher drei Vorsitzenden vorgeschlagen, um die Kontraktiven in das Präsidium mit einbezogen zu können. Für den ersten Präsidenten wird von den Nationalliberalen der frühere Vizepräsident Paasche, von Seiten des Zentrums Dr. Spahn vorgeschlagen, während von anderer Seite für die Beibehaltung des bisherigen Präsidenten Graf Schwerin-Pölow Stimmungen gemacht wird. Die Kandidatur Graf Posadowski gilt als erledigt, da er selbst keinerlei Neigung zur Übernahme des Postens zeigt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Aussichten auf eine Verständigung in der Präsidentenfrage sind noch immer gering. Der Vorschlag, einen dritten Vizepräsidentenposten zu schaffen, wird als erledigt angesehen. Nach Schluß der heutigen Plenarsitzung fand eine Besprechung zwischen dem Unterstaatssekretär Bahnschaffe und den Abg. v. Normann, Graf Bechler, Arhr. v. Camp, Schulz und v. Kröcher statt. Die Konferenz war streng vertraulicher Natur, doch wird angenommen, daß es sich dabei um die Präsidentenfrage handelte. Den beiden liberalen Fraktionen ist von den Sozialdemokraten mitgeteilt worden, daß sie, falls ein Sozialdemokrat zum Vizepräsidenten gewählt werden sollte, die mit dieser Stellung verbundenen staatsrechtlichen Verpflichtungen übernehmen würden, sich aber weitere Bedingungen nicht vorzeichnen lassen könnten. Geklärt fanden auch wiederholt lange Unterredungen zwischen Bebel und dem Zentrumsgesandten v. Spahn statt. Die Kontraktiven bleiben dabei, an keinem Präsidium teilzunehmen, in dem die Sozialdemokratie vertreten ist. In der nationalliberalen Fraktion gehen die Meinungen auseinander, wie weit man sich nach rechts oder links auf Kompromisse einlassen soll. Die Voten beschloßen, sich bei der Präsidentenwahl der Abstimmung zu enthalten.

Die neuen Steuern.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Daß in Regierungskreisen wenig Reue über vorhanden ist, eine Dividendensteuer, eine Grundsteuer, eine Rotationssteuer und ähnliche herauszugeben, ist richtig; aber es ist nicht auszuweichen, daß man sich nicht mit einer derartigen Vorkehrung begnügen muß. Die Zurückweisung der anachronischen Verträge in diesem Augenblicke macht geradezu den Eindruck der Stimmungsmache. Wir sehen jetzt kein anderes und besseres Mittel, die Mehrkosten anzubringen, als die Rotationssteuer in Verbindung mit der Dividendensteuer. Für beide Steuern ist voraussichtlich eine Mehrheit im Reichstage vorhanden, zumal, da bekanntlich die nationalliberale Partei im Sommer 1909 die Dividendensteuer selbst beantragen wollte.“

Die Wahlrechtsreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Abgeordnetenhaus Abänderungsanträge zu den bürgerlichen Anträgen wegen Reform des Wahlrechts eingebracht, die das alte Wahlrecht und das neue Wahlrecht für alle großstädtigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts fordern.

Aus dem Bundesrat.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen übergeben die Vorlagen betr. die Prägung von 2 Mill. Mk. und die Prägung von 50 Pfennigstücken im Betrage von 3 Mill. Mk., sowie der Entwurf eines Gesetzes betr. den Gütertarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal. Der Ergänzung der Materialvorschriften für Land- und Schiffsdampfessel wurde zugestimmt.

Zur Frage der deutsch-englischen Verständigung.

Paris. (Priv.-Tel.) Zu den Nachrichten über eine mögliche Annäherung und Aussprache zwischen England und Deutschland schreibt der „Gaulois“: Ein Frankreich, das zur Revanche entschlossen ist, müßte wünschen, daß der deutsch-englische Streit sich verflüchtigt; ein Frankreich, das zum Frieden entschlossen ist und mit dem gegenwärtigen Gleichgewicht einverstanden ist, sollte auf solche Wünsche verzichten. Die Frage zwängt uns, die Beilegung von Streitigkeiten zu wünschen, in die unser Land mit hineingezogen werden könnte. Denn